

Einlassung

Tagtäglich sterben in den Ländern des globalen Südens Menschen an den Folgen der Klimakrise. Mittlerweile stehen die Auswirkungen in Europa ebenfalls auf der Tagesordnung. In den vergangenen Monaten gab es in unterschiedlichen Ländern der Erde vornehmlich in den Ländern des globalen Südens, wo die Menschen historisch am wenigsten zur Klimakatastrophe beigetragen haben, sogenannte Extremwetterereignisse: Starkregen, Stürme, Tornados, Hurrikans Überschwemmungen oder fehlender Regen der Dürre und infolgedessen Waldbrände oder auch Hungersnöte verursachte.

Eine Auswahl:

Februar 2024: Bei Waldbränden in Chile werden mindestens 131 Menschen getötet und mehr als 14.000 Häuser zerstört.

März-April 2024: Extreme Hitze hat weite Teile Nordafrikas und der Sahelzone heimgesucht und Tausende von Menschen getötet. Heftige Regenfälle führten zu Sturzfluten in der Golfregion, bei denen mindestens 33 Menschen ums Leben kamen.

März-Mai 2024: Schwere Regenfälle in Ostafrika führten zu schweren Überschwemmungen, die Hunderte von Menschenleben forderten und mehr als 700.000 Menschen betrafen.

April-Mai 2024: In vielen Regionen Asiens kam es zu verheerenden Hitzewellen, wobei allein in Myanmar etwa 1.500 Menschen auf Grund von Hitzschlag starben. Im Rahmen der längsten Hitzewelle, die jemals in Indien aufgezeichnet wurde, erreichten die Temperaturen in einigen Gebieten 50 °C, und hitzebedingte Krankheiten führten zu mindestens 60 Todesfällen. 478 Städte im Süden Brasiliens wurden von Überschwemmungen verwüstet, 173 Menschen kamen ums Leben, 38 Menschen wurden vermisst, 806 verletzt und 423.486 vertrieben. Der schwere Wirbelsturm Remal tötete im Mai mindestens 84 Menschen in Indien und Bangladesch.

Mai-Juni 2024: In Mexiko und den umliegenden Gebieten herrschte extreme Hitze; mindestens 125 Menschen starben in diesem Jahr in Mexiko an hitzebedingten Krankheiten. 1.170 Pilger*innen starben in Saudi-Arabien während einer heftigen Hitzewelle mit Temperaturen von über 50 Grad. Verheerende Waldbrände im Juni verbrannten rund 440.000 Hektar im brasilianischen Pantanal-Feuchtgebiet und töteten zahlreiche Wildtiere.

Oktober – November 2024: Schwere Überflutungen haben im Südsudan zu Massenvertreibungen geführt. Insgesamt sind 1,4 Millionen Menschen von den Überschwemmungen betroffen, 380.000 sind auf der Flucht. Bei Überflutungen in der Region Valencia, Spanien, sind über 200 Menschen ums Leben gekommen.

Solche Meldungen sind zwischenzeitlich Alltag geworden. Genauso „normal“ wie die monatlich wiederkehrende Nachricht, dass wieder ein Hitzerekord getoppt wurde. Schon

jetzt ist klar, dass dieses Jahr das Vergangene als global heißestes Jahr seit Beginn der Wetterdatenaufzeichnung ablösen wird - Die globale Durchschnittstemperatur lag zwischen Januar bis September dieses Jahres bei der Rekordmarke von 1,54 Grad über dem vorindustriellen Niveau und dass sich bis zum Jahresende daran etwas ändern wird ist laut Klimaforscher*innen der Weltmeteorologieorganisation (WMO) unwahrscheinlich.

Anfang Oktober diesen Jahres veröffentlichten internationale Forschende, u.a. auch Johan Rockström, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), und der dort arbeitende Forscher Stefan Rahmstorf, einen neuen Report zur Situation des Weltklimas in dem sie 35 sogenannte planetare Lebenszeichen untersuchen: 25 haben einen Negativ- Rekordwert erreicht: So sind beispielsweise die jährlichen Treibhausgas-Emissionen 2023 um 2,1 Prozent gestiegen und damit auf einen Rekordwert: Sie entsprechen nun erstmals der Klimawirkung von mehr als 40 Milliarden Tonnen CO₂. Die Meere haben noch nie so viel Wärmeenergie gespeichert und hatten noch nie einen so hohen Säuregehalt wie 2023. Die Hitzewellen in den Jahren 2021 und 2023 verursachten Massensterben von Fischen. Der weltweite Verlust durch Waldbrände lag mit 11,9 Millionen Hektar 2023 ebenfalls auf Rekordniveau. Der gesamte jährliche Waldverlust war 2023 der dritthöchste, auch wenn die Entwaldungsrate im brasilianischen Amazonasgebiet zurückgegangen ist. Der Bestand an Nutztier-Wiederkäuern (Rinder, Schafe, Ziegen), die das Treibhausgas Methan ausstoßen, war nie höher als 2023. Zwar ist auch die Energienutzung aus Wind- und Solarkraft auf dem höchsten je registrierten Stand und lag 2023 um 15 Prozent höher als im Jahr zuvor. Doch scheinen sie im Wesentlichen nur die Steigerung des Energiebedarfs zu kompensieren. "Der Verbrauch fossiler Brennstoffe ist nach wie vor etwa 14-mal höher als der Verbrauch von Solar- und Windenergie", heißt es in der Studie. Subventionen für fossile Brennstoffe haben 2022 einen Rekordwert erzielt.

Gleichzeitig stellen die Autor*innen klar, dass „Unbegrenzttes Wachstum mit begrenzten Ressourcen eine gefährliche Illusion“ sei und die Lösungen auf der Hand lägen Sie fordern: einen raschen Ausstieg aus allen fossilen Brennstoffen als oberste Priorität, globale Kohlenstoffpreise, eine "drastische Senkung des exzessiven Konsums", vor allem bei Vermögenden, Umstieg von Fleisch auf pflanzenbasierte Ernährung, und ein postwachstumsorientiertes Wirtschaftssystem, das soziale Gerechtigkeit gewährleistet, um nur ein paar der Punkte zu nennen.

Vor gut zwei Wochen begann die 29. Weltklimakonferenz in Baku, Aserbaidshan. „Jetzt nicht resignieren, sondern dranbleiben, denn jedes Zehntelgrad Erwärmung, das wir vermeiden zählt, weil es die Dürren, Fluten und Hitzewellen der Zukunft abmildert“, appellierte SPD - Entwicklungsministerin Svenja Schulze kurz vor Beginn der Weltklimakonferenz, die wie immer, mal wieder ein guter Zeitpunkt ist, für Politiker*innen große Worte zu schwingen auf die dann mal wieder keine Handlungen folgen. Auch Annalena Baerbock bezeichnete die Klimakrise als "größte Sicherheitsherausforderung unserer Zeit"; „das zeigen die Überschwemmungen in Spanien und die jüngsten Hurrikans in den USA auf schmerzhaft Weise.“, und „die Weltgemeinschaft müsse alles dafür tun, das 1,5 Grad-Ziel von Paris in Reichweite zu halten“ (was immer auch mit in Reichweite halten, gemeint sein soll). Wie zu erwarten, war auch diese Konferenz im Hinblick auf ihre Ergebnisse eine Enttäuschung.

Ich verspüre Hohn, Verzweiflung, Wut angesichts der Scheinheiligkeit dieser Appelle, angesichts der Untätigkeit der Regierung, die nicht mal ein Tempolimit durchsetzen kann, aber 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr anstatt für Maßnahmen im Klimaschutz bereitstellt, die Lützerath für Braunkohle abbaggern ließ, die für die Stromversorgung nicht mehr gebraucht wird, Laufzeiten für Kraftwerke verlängert, massiv in Gaskraftwerke investiert... und und und. Maßnahmen zum Schutz des Klimas werden, wenn überhaupt, auf die Schultern der Einzelnen abgewälzt, anstatt strukturelle Veränderungen zu bewirken, die Gegensatz zum Konsumverzicht von einzelnen, einen wirklichen Einfluss hätten.

Auch die Blockadeaktion am Kraftwerk Neurath, um die es heute hier gehen soll, fand während einer Klimakonferenz statt, der 26. damals in Glasgow. Anders als Politiker*innen während der COP haben die Aktivist*innen bei der Aktion gehandelt und RWE gezwungen das Kraftwerk zu drosseln und einen Block herunter zu fahren. Hierbei wurden viele Tausende CO₂ eingespart und dadurch nicht nur ein symbolisches Zeichen für Klimagerechtigkeit gesetzt, sondern den Kohleausstieg selbst in die Hand genommen. RWE versucht dies durch seine Falschmeldungen zu torpedieren – angeblich wurden keine Emissionen durch die Blockade verhindert und angeblich sollen ein Sachschaden von rund 1,4 Mio Euro für den Konzern entstanden sein. Diese Falschmeldungen sollten uns nicht wundern - wussten die Mineralölkonzerne ExxonMobile, Shell, BP und Total nicht bereits lange bevor das Thema an die Öffentlichkeit kam - von den Gefahren der Klimakrise? Und haben sie nicht statt zu handeln, Milliarden in die Hände genommen, um Zweifel durch gezielte Falschkampagnen zu säen und Stimmung gegen die Klimawissenschaften zu machen?

Doch ist RWE durch die Aktion überhaupt ein Schaden entstanden?

Wahrscheinlich ist eher, dass der Gewinn des Unternehmens minimiert wurde, und zwar um den Betrag des angeblich verursachten Schadens. Genaueres lässt sich jedoch nicht sagen, da RWE hierzu bisher keine Zahlen öffentlich machen möchte. Was sich jedoch sicher sagen lässt ist, dass die Blockadeaktion zu einem gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Nutzen geführt hat. Prof. Dr. Pao-Yu Oei, Professor für die Ökonomik der Transformation von Energiesystemen an der Europa-Universität Flensburg hat für ein ähnlich gelagertes Verfahren zu einer Blockadeaktion 2017 am Kohlekraftwerk Weisweiler ein Gutachten erstellt, das sich in seinen Grundannahmen auf die Aktion im November 2021 in Neurath übertragen lässt. Zwar sind die Zahlen nicht komplett auf das hiesige Verfahren übertragbar, die grundsätzliche Berechnung auf Grundlage der Annahme, dass der ersatzbeschaffte Strom wahrscheinlich aus Gas stammte jedoch durchaus. Und so kann auch für die Aktion „Block Neurath“ davon ausgegangen werden, dass auch hier die eingesparten Kosten für die Gesellschaft den reduzierten Gewinn von RWE übersteigen und somit im Rahmen der Aktion ein positiver Nutzen für die Gesellschaft entstanden ist.

Eigentlich sollte sich RWE darüber freuen, denn aktuell sieht ist die Gesamtbilanz des Unternehmens bezogen auf den gesellschaftlichen Nutzen ganz klar negativ: RWE tötet – hier in der Region und weltweit:

Denn dass durch die Emissionen von RWE- Kraftwerken Menschen zu Tote kommen ist bewiesen: Im Jahr der Blockadeaktion, 2021 stieß das allein das Kraftwerk Neurath mehr als 22 Mio. Tonnen CO₂ aus und war damit der zweitgrößte CO₂- Einzelemittent in Europa. RWE als Konzern ist einer der größten CO₂-Emittenten in Europa. Laut einer Untersuchung des Carbon Majors Projekt ist das Unternehmen für rund ein halbes Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen seit Beginn der Industrialisierung verantwortlich. Durch den verursachten CO₂ Ausstoß ist das Unternehmen für Folgeschäden der Klimakrise verantwortlich. Doch bisher verweigert der Konzern für jegliche Schäden aufzukommen, doch dagegen regt sich schon länger Widerstand.

Seit neun Jahren klagt der peruanische Bergführer Saúl Luciano Lliuya unterstützt durch peruanische und deutsche NGOs gegen RWE. Mittlerweile liegt die Klage am OLG in Hamm. Saúl Luciano Lliuya lebt in Huaraz, einem Dorf in den peruanischen Anden, das unterhalb eines Gletschersees liegt. Durch die klimawandelbedingte Gletscherschmelze und Abbrüche von Gletscherbrocken des über dem See liegenden Gletschers besteht die Gefahr dass eine Flutwelle ausgelöst wird, die dann das Dorf meterhoch überflutet, Häuser zerstört und Menschen und Tiere tötet. Dieses Risiko könnte durch einen Damm auf der Dorfseite des Sees eingedämmt oder zumindest gemindert werden. Im Zuge der Klage fordert Saúl, dass sich RWE an den Kosten für den Bau des Schutzdamms und eines neuen Entwässerungssystem beteiligt. Auch wenn das endgültige Urteil noch aussteht, den RWE und seine Anwälte verzögern die Klage, indem sie ein relevantes Flutrisiko in Huaraz leugnen und den wissenschaftlich belegten Temperaturanstieg in den Anden infrage stellen und eine fragwürdige wissenschaftliche Untersuchung zu dem Thema finanziert haben, zeigt diese Verzögerungstaktik, dass RWE Angst vor einer erfolgreichen Klage hat und diesen Erfolg somit um jeden Preis vermeiden möchte. Denn – eine erfolgreiche Klage würde eine ganze Klagewelle gegen RWE (und auch andere fossile Unternehmen) auslösen und das Unternehmen womöglich ruinieren.

Doch der CO₂- Ausstoß und die damit verbundene Zerstörung ist nicht die einzige Gefahr die von RWE ausgeht: Allein das Kraftwerk Neurath stieß im Jahr 2020 3.660 t Schwefeloxid, 11.700 t Stickstoffoxide, 240 t Feinstaub der Kategorie PM10 und 355 kg Quecksilber aus. Durch den Feinstaub gelangen zudem radioaktive Isotope in die Umwelt. Diese Schadstoffe führen zu schwerwiegenden Gesundheitsschäden, wie Asthma, Bronchitis und Krebserkrankungen, die dann zum vorzeitigen Tod führen können. Weltweit verursacht Feinstaub jährlich 8,8 Millionen solche vorzeitigen Todesfälle (d.h. Menschen sterben 3 Jahre früher) – mehr als 30 davon nur aufgrund der Emissionen des Kohlekraftwerks Neurath. Auch hier weigert sich RWE Verantwortung zu übernehmen.

Dasselbe gilt für die Folgeschäden die durch den Abbau der Braunkohle im rheinischen Revier entstanden sind: RWE plant die Tagebaulöcher ab 2030 mit Hilfe von Rheinwasser zu befüllen und in Seen umzuwandeln: Dafür soll die Rheinwassertransportleitung gebaut werden. Gegenargumente wie klimawandelbedingt abnehmende Wassermengen im Rhein, zerschnittene Ökosysteme durch den Pipelinebau und die große Verdunstung, die an einer derart großen Oberfläche stattfindet und das Projekt zu einem endlosen schlechten Witz werden lassen wird sind RWE natürlich egal – Hauptsache Profit machen

und die Kosten anderen überlassen. So wurde vor ein paar Monaten ein Antrag auf Zulassung des „Rahmenbetriebsplans für den Bau und Betrieb der Rheinwassertransportleitung zu den Tagebauen Garzweiler und Hambach einschließlich Rheinwasserentnahme“ gestellt. RWE will nicht mal für die zig Milliarden Liter Wasser bezahlen. Wie zu erwarten hatte RWE auch schon ohne die Entscheidung abzuwarten mit den ersten Sondierungsarbeiten des Erdreiches begonnen. So will das Unternehmen Tatsachen schaffen und die für sich die kostengünstigste Variante erzwingen.

Die gesamtgesellschaftliche Negativbilanz des Konzerns interessiert RWE natürlich wenig. Während die Emissionen steigen und die Klimakatastrophe täglich weitere Todesopfer fordert, droht der Konzern auf Grund des angeblich bei der Blockadeaktion entstandenen Schadens auch mal wieder mit einer Zivilklage.

Doch anstatt von Menschen die eine lebenswerte Zukunft für alle kämpfen Schadensersatz zu fordern, sollte RWE besser selbst bezahlen: für die verursachten Klimaschäden lokal und global, inklusive Reparationszahlungen an alle von diesen betroffenen Menschen, vor allem im globalen Süden!

Wir lassen uns nicht unterkriegen und einschüchtern: Wenn RWE und die Gerichte denken, sie würden uns damit zukünftig daran hindern ihre dreckige, Menschen und den Planeten verachtende Infrastruktur zu blockieren, zu stören und abzuschalten, dann liegen sie falsch. Vielleicht ist es angesichts der Untätigkeit der politischen Entscheidungsträger*innen ja sogar an der Zeit einen Schritt weiter zu gehen und Kohlekraftwerke nicht nur abzuschalten, sondern nachhaltig zu zerstören.

In einem anonymen Statement auf indymedia zu einer Sabotageaktion gegen das CEMEX- Betonwerk in Berlin- Kreuzberg während der Weihnachtstage 2023 schreiben Aktivist*innen: „ (...) es wirkt fast schon zynisch, wenn sich Teile der Klimabewegung hierzulande vor allem dadurch auszeichnen, wohlgemeinte Bitten an die Politik zu stellen, die uns das ganze Schlamassel erst eingebrockt hat und keinerlei Interesse zeigt, ihre Privilegien und den Wohlstand aufgeben zu wollen. Diese Aktivist*innen tappen dabei in die Falle, den bürgerlichen Moralvorstellungen mit ihrem verlogenen Bekenntnis zum Gewaltverzicht gefallen zu wollen. Das war nicht immer so. Während der Anti-Atom-Bewegung z.B. wurden bundesweit hunderte Strommasten umgesägt und Castortransporte waren nicht ohne massive Bahninfrastruktursabotage umzusetzen. Proteste gegen die Startbahn-West in Frankfurt a.M. oder gegen die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf wurden von regelmäßigen Krawallen begleitet an denen sich tausende Menschen beteiligten. Warum also sind diese Auseinandersetzungen gerade jetzt, wo es notwendiger denn je ist, so konform und angepasst? Wenn wir die Erdzerstörung durch die industrielle Maschine nachhaltig stoppen wollen, wird kein Weg an der Konfrontation mit dieser Gesellschaft, die aus der erbarmungslosen Ausbeutung hervorging und dem blinden Fortschrittsglauben erlegen ist, vorbeiführen. Schade, das Beton nicht brennt.“

Auch in Zukunft werden sich Aktivist*innen nicht abhalten lassen gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen vorzugehen. Die Strategie von Staat und Konzernen Widerstand durch Haftstrafen und Zivilklagen zu verhindern wird nicht funktionieren.

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass sich Menschen immer wieder gegen bestehende Gesetze aufgelehnt, diese gebrochen und sich dadurch erfolgreich für mehr Gerechtigkeit eingesetzt haben. Gesetze sind auch da um den Status quo zu schützen – hier zum Beispiel um das kapitalistische Wirtschaftssystem aufrechtzuerhalten und die planetaren Grenzen überschreitende Lebensweise des globalen Nordens zu legitimieren. Eine Lebensweise, die auf der kolonialen Ausbeutung der Menschen und Ressourcen des globalen Südens basiert und ein System weiter am Laufen hält, dass durch endlose Profitmaximierung den Reichtum von wenigen garantiert.

Deswegen ist und bleibt es notwendig geltende Gesetze zu überschreiten und zu brechen. Widerstand mag zwar nicht immer legal, aber durchaus legitim sein: Die Geschichte zeigt, dass die jeweilig Herrschenden ihre Privilegien nie aus freien Stücken abgegeben haben, weshalb Rechte immer erkämpft wurden und auch in Zukunft erkämpft werden müssen. Rosa Parks hatte nicht darauf gewartet bis ihr in den nordamerikanischen Südstaaten der 1960er Jahre eine weiße Person gütiger Weise einen Sitzplatz im Bus angeboten hätte, sie hat sich den Platz selbst genommen. Und auch die Suffragetten in Großbritannien Anfang des 20. Jahrhunderts haben sich das Frauenwahlrecht auch mit militanten Mitteln wie z.B. Anketten an Parlamentsgebäuden, Zerschlagen von Fensterscheiben und Messerattacken auf Gemälde in Museen (ist also gar kein so neuer Trend) erkämpft. All diese Aktionsformen waren zu ihrer Zeit nicht gesetzeskonform. Rückblickend handelt es sich aber um Rechte, die, so denke ich, keine*r der hier Anwesenden wieder rückgängig machen wollen würde.

Und auch in der jüngeren Vergangenheit gibt es zahlreiche Beispiele für erfolgreiche direkte Aktionen: der Hambacher Wald ist nicht allein durch die erfolgreiche Klage des BUND „gerettet“ worden, ebenso wenig wie das letzte Atomkraftwerk in Deutschland, das im April 2022 vom Netz ging, nicht allein auf Grund des von politischen Parteien beschlossenen (by the way des mehrmals verlängerten, doch wieder verkürzen und dann nochmal hinausgezögerten) „Atomausstiegs“ abgeschaltet wurde. Waldbesetzer*innen, waren diejenigen, die jahrelang für den Hambacher Wald kämpften und das Thema erst auf die Agenda von NGOs und Umweltverbänden brachten. Baustellenbesetzer*innen, Demonstrierende die Bauzäune einrissen und überwandern, Menschen die sich an Gleise ketteten um Castortransporte zu blockieren, waren diejenigen, die über Jahrzehnte hinweg politischen Druck aufbauten und den gesellschaftlichen Konsens formten. Allein durch Petitionen, Klagen oder brave Demos (egal ob vor der RWE-Zentrale oder vor dem Bundestag) könnten wir diese Erfolge nicht feiern. Und auch in eine Partei einzutreten oder eine neue Partei zu gründen, wie auch dieses Gericht es vorgeschlagen hat, ist nicht zielführend. Parteien und ihre Mitglieder wandeln sich und passen sich, sind sie einmal an der Macht, dem status quo an und verwässern ihre ursprünglichen Ziele, um ihren Machterhalt zu sichern. Dies lässt sich treffend am Beispiel der Grünen Partei erkennen (hierzu mehr an einer anderen Stelle im Prozess).

Angesichts der anfangs, auch nur in Ausschnitten aufgezeigten Zerstörung der Klimakatastrophe, der Dringlichkeit zu handeln, bleibt uns keine Zeit für Kompromisse. Zumal, wenn diese nur halbgeare Lösungen hervorbringen. Und ja, Maßnahmen wie der Handel mit CO₂- Zertifikaten, Elektromobilität und umweltfreundliche Heizungen gehen nicht weit genug. Es handelt sich um Scheinlösungen, die uns durch Greenwashing-Kampagnen von Unternehmen und Politik als solche verkauft werden oder reichen, Beispiel Wärmepumpe, schlicht und einfach nicht aus. Und drastischere Maßnahmen, wie den sofortigen Ausstieg aus allen fossilen Energien, das Abschalten aller Kraftwerke und ein Ende kolonial - kapitalistischer Ausbeutung des Planeten zu fordern, hat nichts mit Borniertheit zu tun, sondern (ich verweise nochmal auf den oben erwähnten, aktuellen Report von renommierten Klimaforschenden) basiert schlicht und einfach auf wissenschaftlichen Tatsachen.

Es läge nahe zu appellieren, dass es an der Zeit sei, dass auch Gerichte diesen Tatsachen ins Auge sehen und ihnen angemessen begegnen sollten. Doch meine bisherigen Erfahrungen haben mir gezeigt, dass Gerichte mit ihrer Willkür und politischen Beeinflussbarkeit eher Teil des Problems als Teil der Lösung sind.

Trotzdem – und auch wenn die Situation manchmal aussichtslos erscheint, Kippunkte schon überschritten sind, und das 1,5 Grad-Ziel nicht mehr wahrscheinlich, lohnt es sich dennoch (vielleicht gerade auch deshalb) weiter für jedes Zehntel, Hundertstel oder auch Tausendstel Grad, das sich Erde weniger erwärmt und für eine Welt in der es sich zu leben lohnt, zu kämpfen. Auch in Zukunft!

Zu der Frage, ob ich an der hier verhandelten Blockadeaktion am 5. November 2021 beteiligt war, werde ich nichts sagen.